

Klaus Harpprecht

Die Glosse: Europäische Geschenke

Der Nachbar und Partner Frankreich verwöhnt die Deutschen derzeit nicht allzu oft mit hoffnungsfroher Post. Der Präsident, der vor den Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag der Invasion in der Normandie auf dem Tiefpunkt seiner Popularität angekommen war (nur noch 16 % der Bürger vertrauten ihm), nutzte die Einsicht, dass er nichts, fast nichts mehr zu verlieren hatte, um ein Reformprogramm von seltener Kühnheit vorzulegen. Er möchte die Zahl der Regionen von 22 – die 1982, am Beginn der Regentschaft Mitterrands ins Leben traten – auf 14 reduzieren, die freilich ein neues Gewicht gegenüber der Zentralregierung gewinnen würden. Zugleich sollen sie die Zuständigkeiten der Departements Schritt für Schritt an sich ziehen. Jene 96 Verwaltungsbezirke waren Produkte der Revolution, im Jahre 1790 etwas zu hastig entworfen, Kunstgebilde, die in die Welt gesetzt wurden, um jede Regung einer politischen Identität in den historischen Provinzen und damit den latenten Widerstand gegen Paris auszulöschen.

Sie ganz von der Landkarte zu entfernen, wagte Monsieur Hollande am Ende doch nicht, da sich ein wahrer Sturm der Entrüstung ankündigte, der sich wohl weniger aus der Anhänglichkeit der Bürger an die administrativen Gebilde oder die prächtige Uniform der Präfekten nährte, sondern wohl eher aus der Furcht, bequeme Pfründen zu verlieren. Dies aber sollte das wesentliche Ziel der Territorialreform sein: das Heer der Staatsbediensteten zu verringern, das prozentual größer ist als in jedem anderen Mitgliedsland der Europäischen Union, ausgenommen Griechenland und Italien – eine der Hauptursachen der wirtschaftlichen Misere der Republik.

Wenn Monsieur Hollande wenigstens die bescheidenere Version der Reform in die Wirklichkeit zu zwingen vermag, dann

darf man ihm dennoch eine außergewöhnliche Leistung zuschreiben, denn an dieses elementare Werk der Veränderung (die es dringend braucht) wagte sich keiner seiner Vorgänger. Mut der Verzweiflung? Was am Ende zählt, ist der Wille, die Resistenz in der eigenen zerfaserten und zugleich rebellischen Partei zu brechen – oder eher, dem Temperament des Präsidenten gemäß, zu besänftigen. Immerhin, Regionalismus und Föderalismus sind keine schmutzigen Begriffe mehr, die jeder scharfe Sozialist einst scheute wie der Teufel das Weihwasser. Auch durfte sich François Hollande ungestraft »Sozialdemokrat« nennen, was vor drei oder vier Jahrzehnten in den Ohren und Augen der (vermeintlich) marxistischen Intellektuellen fast so schlimm wie das Wort »Faschist« war. Kurzum: Es wurde von Neuem bestätigt, dass sich das Jakobinertum Schritt für Schritt aus dem französischen Denken zurückzieht, um die einst so blutig entmachteten »Girondins« mit ihrem liberal-föderalistischen Ideen nach zweieinhalb Jahrhunderten zu (verspäteten) Siegen zu machen.

Dem Sozialdemokraten Hollande fiel – gleichsam als Geschenk – eine Erklärung des französischen Rates der islamischen Glaubensgemeinschaften zu, der für die innere Verfassung des Staates so wesentlich sein könnte wie die Territorialreform, mehr noch: ein essenzielles Element zur Sicherung des Friedens der Gesellschaft. Die Mitglieder des Gremiums, das im Jahre 2003 gegründet wurde, beschloss eine »Konvention der muslimischen Bürger Frankreichs für das Zusammenleben« mit den Landeskindern anderer Religionen (oder den Menschen, die keinem verfassten Glauben anhängen).

Die Weisen wiesen mit starken Worten »jede Form des Extremismus, des Rassismus, des Antisemitismus, jede subversive

und radikale Aktion« zurück, »die das Bild des Islam beschädigen« könnte. Nach einem Bericht von Le Monde betonte der Rat »die Beunruhigung der französischen Muslime durch die Attraktivität radikaler Thesen für einen Teil der jungen Menschen«. Sie wollten auf keinen Fall die Geiseln der schwarzen Schafe wie des Mörders von Toulouse sein (der sich 2012 eines schockierenden Anschlags auf jüdische Schulkinder schuldig machte). Die politischen und ideologischen Umtriebe, die sich religiöser Fanatiker bedienten, könnten nur der Botschaft und dem Leben der Muslime in Frankreich Schaden zufügen. Die Muslime müssten alles tun, um die Jungen davon abzuhalten, primitiven Parolen und ihrer Anstachelung zur Gewalt zu verfallen.

Der Rat möchte im September ein großes Colloquium »ohne Tabus« organisieren, in dem alle Fragen der muslimischen Erziehung diskutiert würden: auf der Basis jener Konvention, die von den Weisen in den vergangenen Monaten erarbeitet wurde. In den 19 Artikeln wird der »Platz der Frauen« in der islamischen Lehre definiert, es ist vom Schleier die Rede, von »bioethischen Fragen«, von der Weigerung der Frauen, sich von Ärzten untersuchen zu lassen, von der Ausbildung der Imame, vom Respekt vor der Laizität des Staates (die ein Grundelement der Republik ist), von der Bedeutung des Wahlrechts.

Wörtlich: »Der Islam widerspricht keinen Gesetzen der Republik«. Und weiter: »Die Muslime Frankreichs wollen sich zur Erneuerung des religiösen Denkens zusammenfinden«, und sie möchten die Ausübung ihres Glaubens an die französische Gesellschaft anpassen. »Die Muslime respektieren die Entscheidungen der nationalen Gemeinschaft« (so auch, dies wird betont, das Verbot, in den Schulen den

Schleier als eine Demonstration der Religionszugehörigkeit zu tragen).

Mit der Konvention soll das allzu lange Schweigen der Weisen über die Forderungen des friedlichen Zusammenlebens mit der Mehrheit der Gesellschaft endlich gebrochen werden. Der Text zeugt, wenn der erste Eindruck nicht trügt, vom Willen zu einem konstruktiven Zusammenleben der Minderheit mit der Mehrheit, vom Wunsch nach einer verträglichen Anpassung an die Gesellschaft, ihre Gesetze, ihre Gewohnheiten, ihre Moralbegriffe. Er ist, wenn nicht vieles täuscht, eine Ouvertüre der Europäisierung des Islam. (Die Notwendigkeit der Anpassung hat, lange ist es her, auch das Christentum auf seine Weise erlebt. Es hat sich, wie die Religionshistoriker nachweisen können, bis zu einem gewissen Grade hellenisiert, und ehe es das römische Reich christianisierte, auf eine zivilisatorisch segensreiche Weise latinisiert.)

Es wäre ein Segen, wenn dieses Dokument in den islamischen Glaubenszentren der Bundesrepublik Deutschland intensiv studiert und debattiert würde. Es sollte gleichermaßen von den christlichen, jüdischen, atheistischen Mitgliedern der Gesprächsgremien für die Koexistenz mit dem Islam geprüft und beherzigt werden.

Alles in allem: Die Debatte, die vielleicht die Deutschen und ihre islamischen Mitbürger ein wenig zusammenrücken lassen wird, wäre eine wichtige Frucht des französisch-deutschen Austausches. Der (schwierige) Prozess der Dezentralisierung Frankreichs mag von den deutschen Erfahrungen mit dem Föderalismus profitieren. Was das Zusammenleben mit einer islamischen Bevölkerung angeht, weiß Frankreich dank seiner Geschichte – der dunklen und der positiv-hellen – entschieden mehr als die Deutschen.



Klaus Harpprecht

ist Mit-Herausgeber dieser Zeitschrift, war u.a. Berater von Willy Brandt. Bei S. Fischer erschien zuletzt: *Arletty und ihr deutscher Offizier*.

2011 erhielt er nach 1966 zum zweiten Mal den Theodor-Wolff-Preis, nun für sein Lebenswerk.